

Das Bildungspaket: Mitmachen möglich machen.



Karl Holmeier und Josef Beer (re.) trafen Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen in Berlin.

ARGE-Chef Beer informierte sich bei Ursula von der Leyen

GESPRÄCH Die Ministerin sprach über das neue Bildungs- und Teilhabepaket.

BERLIN/CHAM. Unter dem Motto „Mitmachen möglich machen“ fand in der vergangenen Woche in Berlin der 1. Tag der Jobcenter statt. Auf Einladung von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen nahm auch ARGE-Geschäftsführer Josef Beer aus Cham an der Tagung teil. Er führte auf Vermittlung von MdB Karl Holmeier ein persönliches Gespräch mit der Bundesministerin, im Mittelpunkt stand dabei das Bildungs- und Teilhabepaket, das – vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesrates am 17. Dezember – ab 1. Januar für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Hartz IV-Familien zur Verfügung steht.

Beer berichtete der Ministerin, dass in der ARGE Cham die Vorbereitungen auf Hochtouren laufen und dass bereits 353 infrage kommende Leistungserbringer (Kindergärten, Schulen, Vereine, Gemeinden, Bürgermeister, Behörden, Landkreismusikschule,

...) in die Organisation eingebunden sind. Holmeier versicherte, dass im Landkreis alle an einem Strang ziehen, um das gemeinsame Ziel zu erreichen. Die ARGE-Mitarbeiter mit ihrer Kompetenz und ihrem Engagement seien starke und verlässliche Partner für die Menschen im Landkreis, so Holmeier.

In der passgenauen Förderung, der Vor-Ort-Kompetenz und der Hilfe aus einer Hand sieht Ministerin von der Leyen die drei Säulen, die auch im Landkreis Cham eine reibungslose Umsetzung der neuen Leistungsangebote ermöglichen. Mit dem neuen Bildungs- und Teilhabepaket haben im Landkreis Cham etwa 750 Kinder und Jugendliche ab dem 1. Januar 2011 einen Rechtsanspruch auf die sogenannten Bildungs- und Teilhabeleistungen.

Für Schüler und Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, können die von dieser Einrichtung in Rechnung gestellten Kosten für eintägige und mehrtägige Klassenfahrten übernommen werden. Schüler erhalten für die Schulausstattung jeweils zum 1. August 70 Euro und zum 1. Februar 30 Euro. Wenn die schulischen

Angebote nicht ausreichen, um bestehende Lerndefizite zu beheben und damit das Klassenziel zu erreichen, kann eine ergänzende angemessene Lernförderung (Nachhilfe) finanziert werden.

Bei Schülern, die die nächstgelegene Schule in zumutbarer Weise nur mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen können, werden die Mehraufwendungen, die nicht von Dritten übernommen werden, berücksichtigt. Wenn Schulen und Kindertageseinrichtungen ein gemeinsames Mittagessen anbieten, können Schüler und Kinder einen Zuschuss zum Mittagessen bekommen, um die höheren Kosten auszugleichen. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren erhalten ein Budget von zehn Euro monatlich für Vereins-, Kultur- oder Ferienangebote.

Die Leistungen werden, mit Ausnahme des Schulbedarfs, nicht als Geldleistung erbracht, sondern als Gutscheine oder per Direktabrechnung gewährt. Für alle Leistungen, mit Ausnahme des Schulbedarfs, ist für jedes Kind ein gesonderter Antrag beim Jobcenter erforderlich. Die Anträge können dort angefordert werden.

Rinderhalter schützen

VERSAMMLUNG IggT-Sprecherin Irmgard Engelhart empfiehlt die Zusammenarbeit mit einem privatem Labor.

CHAM/LANDKREIS. Im Rahmen des BVD-Sanierungsprogramms ist jeder Rinderhalter ab dem 1. Januar 2011 verpflichtet, seine Tiere auf den BVD-Virus (Bovine-Virus-Diarrhoe) untersuchen zu lassen. Damit soll diese virale Erkrankung auf Dauer aus den Ställen vertrieben werden. Bei einer Info-Veranstaltung der Interessengemeinschaft für gesunde Tiere (IggT) und der „Arbeitsgemeinschaft noch produzierender Landwirte in Ostbayern“ (AmpLO) erklärte die 1. Sprecherin der IggT Irmgard Engelhart den mehr als 35 Rinderhaltern, warum die IggT den staatlich vorgegebenen Weg mit Ohrstanzproben, die beim Tier-Gesundheitsdienst zur Untersuchung abzugeben seien, ablehnt.

Wolfgang König von der AmpLO sagte: „Die IggT war bei der Blauzungen-Impfung erfolgreich, bei der BVD wird den Tierhaltern alles vorgegeben. Wir haben dazu nichts zu sagen.“ Beim Durchsehen der Verordnung wurde Engelhart fündig: Sie fand Verflechtungen staatlicher Stellen mit privaten Firmen, die zusammengeschlossen in der Patent- und Lizenzagentur PIA die Patentierung von Genomen mit nachfolgenden Lizenzen betreiben. Es sei also kein Wunder, dass Tierhalter ein gesundes Misstrauen entwickelten. 2007 hat das Europäische Patentamt in München das erste Patent zur Züchtung von Milchkühen (EP 1330552) vergeben.

Es sei eine zunehmende Abhängigkeit von Landwirten, Züchtern und Verbrauchern von derartigen Patenten zu fürchten. Der US-Konzern Monsanto habe 2009 Patente angemeldet, in denen auf einen Schlag Kühe, Fleisch, Milch und Butter beansprucht werden. Um die Interessen der Rinderhalter zu schützen, empfiehlt die IggT eine Zusammenarbeit mit dem Münchener Labor Dr. Staber & Partner. Es biete jedem Tierhalter einen klar geregelten und verbindlichen Untersuchungsvertrag an, der von beiden Vertragspartnern unterzeichnet wird.

Dabei handelt es sich um einen bezogenen Untersuchungsauftrag, bei dem ausschließlich auf BVDV untersucht wird. Engelhart stellte die für

Tierhalter wichtigen Leistungen und Sicherheiten des Labors vor: gesetzliche, fristgerechte Untersuchungen der Proben nach amtlicher Methodensammlung. Es müssen keine Proben aus dem Ohrstanzverfahren sein, Milchproben, Blut oder Blutplasma würden ausreichen. Die gesetzliche Mitteilung des Befundes und die Meldung des Befundes an die HI-Tierübernahme das Labor.

Eingebaut sei ein Rückmeldesystem zum Schutz des Tierhalters vor Ordnungswidrigkeiten und Gesetzesverstößen. Es werde verbindlich zugesichert, dass keine DNA/RNA-Analysen gemacht werden. Daten über den Tierhalter und Untersuchungsergebnisse würden nicht an Dritte weitergegeben, auch nicht an Zuchtverbände. Damit blieben die Urheberrechte beim Tierhalter. Eine endgültige Entsorgung der Proben im Labor sei ebenfalls im Vertrag verankert, zudem übernehme das Labor uneingeschränkte Haftung bei Vertragsverstößen.

Über den Ablauf des Untersuchungsverfahrens sei im Vertrag des Landes Bayern nichts zu finden, es gebe keinen Datenschutz der Tierhalter, keinen Schutz vor DNA/RNA-Analysen und keine vertragliche Sicherheit für Rinderhalter. Ein brisantes Thema war für die Rinderhalter die Genom Datenbanken, insbesondere die Weitergabe von Daten an landwirtschaftliche Organisationen. Angesprochen wurde vor allem die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Rinderzüchter.

Deren Ziele, so Engelhart, seien Klonen und genome Selektion. Es gebe bereits zwei Patentanmeldungen, davon eine weltweite und eine europaweite. Deshalb plädiere die IggT für ein unabhängiges Labor mit einem eindeutig geregelten Vertrag, der den Tierhaltern Schutz vor Missbrauch biete. (ck)



IggT-Sprecherin Irmgard Engelhart

Meisterpreis vom Minister erhalten

AUSZEICHNUNG Sabine Fleischmann, Benedikt Denk, Stefan Kastl und Florian Zollner in Nürnberg geehrt

LANDKREIS. Mit dem Meisterpreis der Bayerischen Staatsregierung hat Landwirtschaftsminister Helmut Brunner in Nürnberg 141 von mehr als 700 Absolventen einer beruflichen Fortbildung in den Agrarberufen ausgezeichnet. „Sie sind die Meister der Meister und gehören zu den Besten Ihres Fachs. Auf diese außergewöhnlichen Leistungen dürfen Sie zu Recht stolz sein“, sagte der Minister in seiner Laudatio. Angesprochen durften sich auch die Milchwirtschaftliche Labormeisterin Sabine Fleischmann (Furth im Wald) sowie die Landwirtschaftsmeister Benedikt Denk (Aichhof), Stefan Kastl (Nasting) und Florian Zollner (Elendhof) aus dem Landkreis Cham fühlen.

Die Ausbildung in den Agrarberufen sei ausgesprochen anspruchsvoll und vermittele Fähigkeiten und Fertigkeiten in einem breiten Segment, von der Produktionstechnik über wirtschaftliche Betriebskontrolle, die Betriebs- und Investitionsplanung bis hin zur Arbeitspädagogik, sagte der Minister. Auf die künftigen Herausforderungen einer immer komplexer werdenden Arbeit mit größerer Ver-



Staatsminister Helmut Brunner ehrte Benedikt Denk, Stefan Kastl, Sabine Fleischmann und Florian Zollner (von links).

antwortung für die Beschäftigten seien die Absolventen damit bestens vorbereitet.

Um den Agrarstandort Bayern langfristig zu sichern, wird der Freistaat laut Brunner das Bildungsangebot auch in Zukunft laufend optimieren und den sich ändernden Anforderungen anpassen. Nach Aussage des Mi-

nisters sind die Agrarberufe trotz schwieriger Rahmenbedingungen attraktiv wie selten zuvor: Im Herbst 2010 haben 718 Berufsanfänger ihre Ausbildung zum Landwirt begonnen – 43 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren. Insgesamt absolvieren derzeit rund 5 400 junge Männer und Frauen eine Ausbildung in Agrarberufen.

Warnung vor Altersarmut

GEWERKSCHAFT DGB fordert Stopp der Rente mit 67 – Arbeitsmarkt im Landkreis bietet zu wenig Möglichkeiten.

LANDKREIS. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) warnt vor steigender Altersarmut im Landkreis Cham und fordert den sofortigen Stopp der Rente mit 67. Christian Dietl, Vorsitzender der DGB-Region Regensburg, sagte, dass die Altersarmut bereits deutlich zu spüren sei. „Aufgrund der Rentenkürzungen liegen die Altersrenten im Regierungsbezirk Oberpfalz im Schnitt nur noch bei 623 Euro und damit noch niedriger als der Durchschnitt in Bayern (683 Euro). Wir müssen dringend umsteuern, damit die gesetzliche Rente wieder armutsfest wird. Als ersten Schritt fordern wir die Bundesregierung auf, die Rente mit 67 zu stoppen, weil diese Maßnahme die Altersarmut zusätzlich verschärfen würde“, sagte der Gewerkschafter.

Nach DGB-Berechnungen muss im Regierungsbezirk Oberpfalz fast jeder sechste Beschäftigte aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheiden und hohe Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente hinnehmen. „Die Rente ab 67 Jahre ist für die meisten Beschäftigten unerreichbar und wird zu einer reinen Rentenkürzung“, sagte der DGB-Regi-

onsvorsitzende. Eine große Zahl von Arbeitnehmern könne auch deshalb nicht bis 65 Jahre arbeiten, weil die Beschäftigungschancen zu schlecht sind.

„Auch im Landkreis Cham bietet der Arbeitsmarkt nicht genügend Möglichkeiten für Ältere“, so Christian Dietl. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind nur 15,7 Prozent aller 60 bis 64-Jährigen im Kreis sozialversicherungspflichtig beschäftigt, diese Zahl bedeutet einen noch schlechteren Wert als auf Bundesebene (20,6 Prozent). Weit mehr als jeder Dritte aller Arbeitslosen im Kreis Cham sei älter als 50 Jahre.

„Den meisten dieser über 700 Bürger wird ein Wiedereinstieg in die Beschäftigung nicht gelingen“, fürchtet der Gewerkschafter. Auch die wirtschaftliche Erholung habe die Beschäftigungsmöglichkeiten Älterer kaum verbessern können. Zwar seien die Arbeitslosenzahlen im Landkreis Cham bei 55 bis 64-Jährigen leicht gesunken, jedoch deutlich weniger stark als in anderen Altersgruppen.

Für den DGB ist die Rente mit 67 der falsche Weg. „Die Voraussetzungen für eine Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters sind nicht gegeben. Es wäre völlig inakzeptabel, wenn die Bundesregierung sehenden Auges in Kauf nimmt, dass Altersarmut zur Perspektive für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird“, sagte Dietl.